



Illustration: S. Boeck

»Wir ertrinken nicht, wir kämpfen!«

Warum die Kategorie Klimaflüchtling gut gemeint, aber schlecht gedacht ist

Der ungebremste Klimawandel wird in der Zukunft die Lebensgrundlage vieler Menschen zerstören. Einige AkademikerInnen und NGOs fordern daher, einen neuen Rechtsstatus »Klimaflüchtling« zu schaffen. Doch was sagen eigentlich diejenigen dazu, die am meisten vom Klimawandel betroffen sind?

von Angela Oels

Mit dem Terminus »Klimaflüchtling« oder »Klimamigrant« werden Menschen bezeichnet, die ihre Lebensgrundlage durch Auswirkungen des Klimawandels verloren haben oder diese in Zukunft verlieren werden und daher gezwungenermaßen oder freiwillig migrieren. Ob es jedoch wirklich zu Migration kommt, hängt in erster Linie von politischen Faktoren ab. Armut ist ein Hauptfaktor, der Menschen erst verwundbar für den Klimawandel macht. Die Entscheidung zur Migration hängt von vielen Faktoren ab, das Klima ist nur ein Grund – und in den seltensten Fällen der wichtigste. Zum Begriff »Klimaflüchtling« oder »Klimamigrant« gibt es weder einen wissenschaftlichen Konsens über eine Definition, noch beziehen sich betroffene Menschen selbst darauf.

In einer Untersuchung der zahlreichen politischen und wissenschaftlichen Publikationen auf internationaler Ebene über Klimawandel und Migration seit 1985 haben Chris Methmann und ich drei verschiedene Narrative identifiziert, die wir allesamt problematisch finden. In der ersten Erzählung wird Angst vor »Millionen von Klimaflüchtlingen« geschürt, die angeblich die Industrieländer »überschwemmen« werden. 2007 warnte Greenpeace Deutschland vor 200 Millionen Klimaflüchtlingen bis 2050. Die Zahlen gehen auf eine inzwischen wissenschaftlich diskreditierte Studie von Norman Myers zurück. Es gibt derzeit keine wissenschaftlich haltbaren Zahlen über Klimawandel und Migration, daher hat auch der Weltklimarat IPCC in seinem Gutachten von 2014 keine Zahlen in seinem Kapitel über Migration verwendet.

»Wir akzeptieren es nicht als unseren Lebensstil, vor Stürmen wegzulaufen«

Problematisch an diesem Diskurs ist nicht nur, dass er Klimaflüchtlinge zur Gefahr stilisiert. Viel schlimmer ist, dass er faktisch nicht richtig ist: Nur ein Bruchteil der möglicherweise betroffenen Menschen in den Entwicklungsländern verfügen überhaupt über die Ressourcen, um den Weg in die Industrieländer zu schaffen. Die meisten müssen notgedrungen vor Ort ausharren.

Rettet uns vor den Rettern

Eine zweite Erzählung appelliert daher an unser Mitgefühl: Wir sollten Klimaflüchtlinge willkommen heißen und ihnen Asyl gewähren. Und insbesondere diejenigen, die es nicht aus eigener Kraft zu uns schaffen, sollten wir vorausschauend evakuieren und umsiedeln. Gutmeinende NGOs wie die Londoner New Economics Foundation forderten sogar einen Flüchtlingsstatus für die Betroffenen, damit diese im Falle grenzüberschreitender Migration nicht völlig rechtlos dastünden. Die Rede war von einer Erweiterung der Genfer Flüchtlingskonvention um die Kategorie »Umweltverfolgung« bis hin zu einem Protokoll zur Klimarahmenkonvention, um einen solchen Status zu schaffen.

Problematisch an diesem Diskurs ist jedoch, dass er über die Köpfe der Betroffenen hinweg deren »Rettung« organisiert. Zudem fanden die Forderungen nach einem klar benennbaren und definierten Status bei den Regierungen westlicher Industrieländer bisher wenig Gehör. So war die Mehrzahl der Regierungen nicht bereit, eine Verantwortung für Klimaflüchtlinge anzuerkennen. Selbst die Betroffenen waren nicht einverstanden. In zahlreichen Studien und Interviews gaben die BotschafterInnen und RegierungsvertreterInnen der meisten kleinen Inselstaaten wie Tuvalu und Kiribati zu Protokoll, nicht das geringste Interesse am Flüchtlingsstatus zu haben. Sie wollen auf ihren Inseln bleiben. Stattdessen forderten sie drastische Emissionsreduktionen in den Industrieländern, um ihre Inseln vor dem Untergang zu bewahren. Und für den Ernstfall eines Untergangs beantragten die Inselstaaten Arbeitsmigration nach Neuseeland und



Illustration: S. Boeck

kommt wie eine Naturgewalt über uns, und Migration ist eine rationale Anpassungsstrategie, wie etwa der »Foresight Report on Migration and Global Environmental Change« des UK Government Office for Science versichert. Denn Migration sei schon immer eine der Strategien gewesen, mit denen sich Menschen an ein sich wandelndes Klima angepasst haben.

Mit der Publikation des britischen Foresight Reports im Jahr 2011 erreichte der internationale Diskurs über Klimaflicht eine neue Stufe. Klimawandelbedingte Migration wurde nun als rationale Anpassungsstrategie an ein sich wandelndes Klima empfohlen. Laut diesem Bericht ist Migration für viele die »einzige Option«, so traurig dies sei. Migration sei aber auch ein geeigneter Weg, um sich resilient, sprich widerstandsfähig, gegen den Klimawandel zu machen. So könne beispielsweise die Migration Einzelner dazu führen, dass die anderen bleiben könnten. Mithilfe von Auslandsüberweisungen in die Heimat ließen sich beispielsweise Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel wie Dämme oder Schutzhütten finanzieren.

Der aktuelle Diskurs um klimawandelbedingte Migration etabliert Resilienz als neuen Handlungsimperativ (zur Kritik am entwicklungspolitischen Trend zu Resilienz siehe den Beitrag von Thomas Gebauer in iz3w 351). Resilienz bedeutet hier die Fähigkeit eines sozialen oder ökologischen Systems, einen Schock zu überleben. Dazu ist es nicht erforderlich, einen ursprünglichen Zustand wiederherzustellen, sondern es reicht aus, zentrale Systemfunktionen aufrechtzuerhalten. Dieser Ansatz bietet in der Klimaanpassung neue Flexibilität. Anstatt nur bisher Bestehendes zu bewahren, dürfen Veränderungen stattfinden, solange sie das Überleben ermöglichen.

Wo sind jedoch die Grenzen der Resilienz? Sie erwartet von den Menschen, bereit zu sein, Gefahren zu akzeptieren, die ihr Leben jederzeit durchrütteln können. Aber wollen wir das? Julian Reid, Professor an der Universität Lapland in Finnland, empfiehlt, sich der Resilienz zu widersetzen: Wir sollten uns weigern, gefährlich zu leben.

Australien sowie Entschädigungszahlungen. Sprich: Der Flüchtlingsstatus ist ihnen zu wenig!

Eine dritte Erzählung schließlich stellt die durch den Klimawandel bedingte Migration als Lösung für das Problem Klimawandel dar. Sie findet sich in aktuellen Dokumenten der Weltbank, der Internationalen Organisation für Migration und der Asian Development Bank. Dieser Diskurs stellt fest: Ein gefährliches Ausmaß an Klimawandel sei leider unvermeidlich geworden. Somit sei auch die Umsiedlung von Menschen aus tiefer liegenden Küstenregionen unvermeidlich. Jedoch werden die Betroffenen nun auf Augenhöhe behandelt: Sie sollen die Hauptrolle bei ihrer eigenen Rettung spielen. »Hilfe zur Selbsthilfe« ist der Slogan der Weltbank in dieser Angelegenheit. Mit etwas Anschubfinanzierung von der internationalen Gemeinschaft sollen sich die Betroffenen selbst in Sicherheit bringen, und zwar möglichst durch Umsiedlung innerhalb ihres Landes oder in ein Nachbarland.

Migration als rationale Anpassung

Durch die Lobbyarbeit vieler Organisationen gelangte das Thema schließlich auf die Agenda der internationalen Klimaverhandlungen. Das Cancún-Rahmenabkommen zur Anpassung an den Klimawandel von 2010 griff Klimaflicht unter dem neuen Begriff »klimawandelbedingte Migration« auf. Dadurch wurde jedoch ein möglicher Rechtsanspruch betroffener Menschen auf Asyl unterbunden. Allerdings wurde dort auch festgehalten, dass zukünftig Gelder, die bislang für Klimaanpassung vorgesehen sind, auch für Klimamigration verwendet werden könnten.

Kritikwürdig an diesem Diskurs ist, dass der Prozess der Enteignung dieser Menschen naturalisiert wird: Gefährlicher Klimawandel

Climate Warriors gegen Kohlewahnsinn

Genau das tun in der Zwischenzeit die Hauptbetroffenen. Nach der Verwüstung der Philippinen durch den Sturm Haiyan im November 2013 hielt der Delegationsführer der Philippinen, Yeb Sano, einen Monat später auf der Klimakonferenz in Warschau unter Tränen eine aufrüttelnde Rede. Er weigere sich, in einer Welt leben zu müssen, in der solche Stürme »normal« würden: »Wir akzeptieren es nicht als unseren Lebensstil, vor Stürmen wegzulaufen, unsere Familien zu evakuieren, die Zerstörung und das Elend zu erleiden und unsere Toten zu zählen.« Er appellierte: »Wir können diesen Wahnsinn stoppen. Jetzt.« Yeb Sano ging für die Dauer der Klimakonferenz in einen Hungerstreik, damit »ernsthafte Anstren-

gungen« zur Eindämmung von Treibhausgas-Emissionen und zur Einrichtung von Kompensationszahlungen unternommen werden. Dazu kam es bis heute bekanntlich nicht.

Der Diskurs über Klimaflüchtlinge ist somit ein hochpolitischer. Die Betroffenen weigern sich, ihr vermeintliches Schicksal zu akzeptieren. Die Bevölkerungen der kleinen pazifischen Inselstaaten schauen ihrem schleichenden Untergang nicht untätig zu, sondern machen Gebrauch von ihrem Recht auf »ökologische Selbstverteidigung«. Mit dem Konzept und der Selbstbetitelung als »Climate Warriors« treten die InselbewohnerInnen bewusst dem Begriff »Klimaflüchtlinge« entgegen. Am 17. Oktober 2014 legen dreißig BewohnerInnen der kleinen pazifischen Inselstaaten mit ihren handgebauten Kanus und hunderten UnterstützerInnen den größten Kohlehafen der Welt im australischen Newcastle für ein paar Stunden lahm. Nur vier von zwölf angekündigten Schiffstransporten durchbrachen die Blockade. Unter dem Banner »Wir ertrinken nicht, wir kämpfen!« haben zwölf betroffene Inselstaaten diese Aktion gemeinsam mit der internationalen Fundraising-Kampagne 350.com vorbereitet.

Im Mai 2016 legten mehrere tausend AktivistInnen den Hafen erneut lahm und besetzten die Eisenbahngleise, über welche der Hafen beliefert wird. Gemeinsam mit den »Climate Warriors« machen AktivistInnen an diesem Tag auf den ungebremsten Kohle-

verbrauch und -export aufmerksam. Die Verbrennung von Kohle trägt maßgeblich zur Erwärmung der Erde und damit zum Untergang der Inseln durch steigende Meeresspiegel bei. Für die InselbewohnerInnen ist klar: Nur wenn man die Inseln als verloren erklärt, macht man deren EinwohnerInnen vorsehend zu Klimaflüchtlingen. Die »Climate Warriors« kämpfen hingegen für eine Zukunft, in der die kleinen Inselstaaten durch konsequenten Klimaschutz noch gerettet werden. Dazu braucht es jedoch eine radikale Abkehr von fossilen Energieträgern, die bei der Klimakonferenz in Paris zwar ausgerufen wurde, aber noch nicht in Sicht ist.

Literatur

- Methmann, C./Oels, A. (2015) From 'fearing' to 'empowering' climate refugees: Governing climate induced migration in the name of resilience. *Security Dialogue* 46 (1): 51-68

► Angela Oels ist Assistant Professor in Environmental Governance an der Open Universiteit der Niederlande. Ihre Habilitationsschrift zum Thema »Klimawandel als Sicherheitsbedrohung« hat sie an der Uni Hamburg eingereicht. Teile dieses Artikels sind bereits erschienen in *Neues Deutschland* (28.11.2015) und in *Politische Ökologie* (2014, Nr. 139, S. 79-83).